



Positionen zur Landtagswahl

- Überblick -

Soziale Marktwirtschaft als Leitbild

- Größtmögliche unternehmerische Freiheit gewähren
- Verwaltungsvorschriften und Eingriffe in die Betriebe kürzen
- Verantwortung wieder den Menschen zurückgeben
- Höhere Wertschätzung für Freiberufler, Künstler und Unternehmer

Stärkung des Motors der bayerischen Wirtschaft

- Echter Bürokratieabbau
- Mehr Wertschöpfung – weniger Verwaltung
- Abhängigkeiten reduzieren
- Auswirkungen des EU-Lieferkettengesetzes als Chance sehen
- Regionale Versorgung priorisieren
- Mittelstand stärken

Infrastruktur des 21. Jahrhunderts

- Arbeiten unterwegs ermöglichen – Mobilfunk ausbauen
- Ausbau des Glasfasernetzes – auch ohne Beteiligung der Kommunen
- Masterplan für regionale Netzcluster erstellen
- Förderung regionaler Stromerzeugung / Speicherkapazitäten erhöhen

Kommunen finanziell stärker ausstatten

- Kommunen zum starken wirtschaftlichen Partner machen
- Mittel für den Ausbau der Infrastruktur innerorts bereit halten
- Keine Erhöhung der kommunalen Abgaben und Steuern
- Aktive Standortpolitik durch Städte und Gemeinden
- Massive Beschleunigung von Bauleitplanungen und Baugenehmigungen

Bildungspolitik

- Berufliche Bildung stärken
- Selbständigkeit und Unternehmertum fördern
- Gestaltungsspielräume betonen
- Fähig- und Fertigkeiten an die Probleme des 21. Jahrhunderts anpassen

Starke Vertretung Bayerischer Politik im Bund und in der EU

- Keine Steuern und Abgaben erhöhen
- Lohnnebenkosten für Arbeitgeber senken und damit das Nettoeinkommen für Arbeitnehmer erhöhen
- Reduzierten Umsatzsteuersatz auf Speisen verlängern
- Bekämpfung der Inflation an den Wurzeln



Positionen zur Landtagswahl

Soziale Marktwirtschaft als Leitbild

Mit Blick auf unsere inzwischen spürbar schrumpfende Wirtschaftskraft und auf das sich inzwischen etablierende stetige Absinken unserer Volkswirtschaft im internationalen Ländervergleich, ist die sofortige Rückkehr zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zwingend notwendig. Die staatslenkenden teilweise sogar planwirtschaftlichen Ansätze der jüngeren Vergangenheit wirken für unseren Wirtschaftsstandort fatal. Wir haben es scheinbar vergessen. Bei der Wiedervereinigung haben wir uns vertraglich am 18. Mai 1990 zu dieser Wirtschaftsform verpflichtet.

Soziale Marktwirtschaft steht für Wettbewerb und Freiheit in der Wirtschaft und gleichzeitig für soziale Sicherheit in unserem Land. Eine lohnende Leistungsbereitschaft und das Bestreben, selbst Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, haben die deutsche Wirtschaft an die Weltpitze gebracht. Der Staat hat lediglich die Rahmenbedingungen geschaffen und durch ein verlässliches Rechtssystem abgesichert.

Die Funktion normativer Regeln als verbindlicher Rahmen des freiheitlichen Lebens und Wirtschaftens wird inzwischen völlig verkannt. Das Ergebnis: Ein ständig wachsender Regelungswahn, eine nie dagewesene Einmischung des Staates in die Betriebs- und Lebensführungen, meist entstanden als impulsive situationsgetriebene Entscheidungen. Oft wurde noch ein Programm zur Geldverteilung angehängt.

Diese Abkehr von den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft in den letzten Jahren haben unserer Wirtschaft einen herben Schlag versetzt. Wir brauchen wieder ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, durchdachte wirtschaftspolitische Entscheidungen, eine schlanke Bürokratie, vertrauensvolle Handlungsspielräume für wirtschaftliche Entscheidungen und endlich wieder einen respektvollen, wertschätzenden Blick auf die Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land. Wir tragen zusammen mit unseren fleißigen



Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diese Gesellschaft mit Arbeitsplätzen, mit der Versorgung und mit Steuer- und Sozialversicherungszahlungen. Die Basis unseres Systems sind unsere Unternehmen.

Unsere Forderungen:

- Größtmögliche unternehmerische Freiheit gewähren
- Verwaltungsvorschriften und Eingriffe in die Betriebe kürzen
- Verantwortung wieder den Menschen zurückgeben
- Höhere Wertschätzung für Freiberufler, Künstler und Unternehmer

Stärkung des Motors der bayerischen Wirtschaft

Bayern besteht nicht nur aus erfolgreichen Großkonzernen wie beispielsweise unsere bekannten Automobilmarken. Der Wohlstand Bayerns fußt auf der Kraft vieler kleiner und mittelständischer Betriebe. Diese bilden das Rückgrat und treiben durch ihren Fleiß und Ideen, auch im Zusammenwirken mit den Großbetrieben, den Motor der bayerischen Wirtschaft an.

Damit dieser Motor nicht ins Stottern gerät, fordern wir einen Bürokratieabbau, der diesen Begriff auch verdient. Weg mit dem jahrzehntelangen Misstrauen gegenüber Unternehmern. Bestehende Regelungen müssen auf Sinnhaftigkeit geprüft und einem Praxischeck unterzogen werden. Wenn neue Regelungen eingeführt werden, müssen alte abgeschafft werden.

Wir fordern, die Digitalisierung in der Verwaltung endlich umzusetzen. Versuche, herkömmliche, sehr differenzierte analoge Prozesse zu digitalisieren, sind komplex und aufwendig. Zukünftig sind Gesetze und Formulare so zu vereinfachen, dass sie leicht in automatische Prozesse umgewandelt und digital abgearbeitet werden können. Auch der Fördermitteldschungel gehört ausgelichtet. Verfahren müssen so vereinfacht werden, dass sie nicht mehr aufgrund ihrer Komplexität nicht in Anspruch genommen werden.

Wir fordern deshalb, dass Arbeitskräfte nicht länger mehr für überbordende Verwaltungstätigkeiten gebunden werden dürfen. Die freiwerdenden Arbeitskräfte werden dringend im Mittelstand, der Industrie und in den



sozialen Bereichen benötigt.

Abhängigkeiten reduzieren. Die Abhängigkeit von russischem Gas hat unserer Wirtschaft erhebliche Schwierigkeiten beschert. Wir dürfen diesen Fehler nicht mit weiteren, sehr kleinteiligen Fokussierungen auf wenige andere Märkte wiederholen.

Es gilt, mithilfe von neuen, breit aufgestellten Freihandelsabkommen zeitgemäße Märkte, die die Anforderungen des Lieferkettengesetzes einhalten, zu erschließen.

Gleichzeitig gewinnen regionale Kreisläufe vor dem Hintergrund des Lieferkettengesetzes zunehmend an Bedeutung. Die regionale Versorgung ist zu stärken! Die Plattform dafür muss ausgestaltet und unsere Unternehmer, die sich beim Aufbau von Produktionsstätten in unserem Land und der Entwicklung innovativer Produkte diesen Kreisläufen anschließen, gefördert werden. In den Umwelt- und Menschenrechtsregelungen zu den Sorgfaltspflichten in der Lieferkette stecken so viele Chancen für eine wachsende, zukunftsorientierte deutsche Volkswirtschaft. Es gilt, jetzt endlich die richtigen Rahmenbedingungen dafür zu setzen.

Der Erhalt und die Stärkung des Mittelstandes müssen wieder ein zentrales Ziel politischen Handelns werden. Unternehmer müssen gesellschaftlich wieder Wertschätzung erfahren. Es sind schließlich diese Menschen, die unser Leben, unsere Standorte und unsere Wirtschaft prägen.

Unsere Forderungen:

- Echter Bürokratieabbau
- Mehr Wertschöpfung, weniger Verwaltung
- Abhängigkeiten reduzieren
- Auswirkungen des EU-Lieferkettengesetzes als Chance sehen
- Regionale Versorgung priorisieren
- Mittelstand stärken

Infrastruktur des 21. Jahrhunderts

Als Flächenland steht Bayern vor großen Herausforderungen beim Ausbau und der Instandhaltung seiner Infrastruktur. Große Teile sind in die Jahre gekommen und müssen nun ertüchtigt werden. Heute bedeutet Infrastruktur aber mehr als „nur“ Straßen – und Schienenwege.

Wir fordern ein, die weißen und grauen Flecken im Mobilfunknetz endlich zu schließen. In den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts kann es nicht sein, dass Telefongespräche im Auto oder der Bahn abbrechen und ein Arbeiten unterwegs auf vielen Strecken und im Homeoffice im ländlichen Bereich faktisch unmöglich ist.

Wir fordern endlich einen modernen, flächendeckenden Ausbau der Glasfasernetze. Im Vergleich der 38 OECD Länder belegen wir laut Statista mit einem Anteil von 9,17 % Breitbandanschlüssen den viertletzten Platz! Nahezu alle OECD Länder haben in der Vergangenheit schon deutlich mehr Gas gegeben. Deutschland hat sich abhängen lassen und verspielt somit immer mehr seine Standortattraktivität. Es muss jetzt endlich gelten: Nicht nur vom Breitbandausbau reden, sondern machen! Das Glasfasernetz muss zur Chefsache erklärt werden. Dass Kommunen aufgrund knapper Kassen oft keinen Beitrag zum Ausbau leisten können, darf keine Bremswirkung mehr haben.

Bayern als Wirtschaftsmotor für Deutschland braucht eine verlässliche Stromversorgung. Dazu gilt es, das Hauptaugenmerk auf eine regenerative Energiegewinnung zu legen, die die geografischen Besonderheiten Bayerns berücksichtigt. Forschung und Entwicklung in diesem Bereich müssen Priorität haben.

Wichtig ist in dem Zusammenhang auch zu erkennen, dass sich durch die Energiewende die Anforderungen an die Stromnetze stark verändert haben. Das Abschalten von Anlagen aufgrund von verstopften Netzen können wir uns nicht weiter leisten.

Die regionalen Netzinfrastrukturen müssen endlich an die heutigen Anforderungen angepasst werden.

Damit sind die Kommunen allerdings wirtschaftlich und oft auch fachlich überfordert. Es braucht einen Masterplan für regionale Netzcluster, der gemeinsam mit den Energieversorgern erstellt und dann politisch gemeinsam mit den Kommunen umgesetzt wird.

Ziel muss es sein, dass regionale Energieerzeugung und leistungsstarke Speicher bestmöglich eingesetzt werden. Dies trägt zur Energiesicherheit und der Bezahlbarkeit des Stromsystems bei. In Bayern gibt es noch enorme Potenziale, um erneuerbare Energie vor Ort zu gewinnen. Lassen Sie uns diese heben.

Unsere Forderungen:

- Arbeiten unterwegs ermöglichen – Mobilfunk ausbauen
- Ausbau des Glasfasernetzes – auch ohne Beteiligung der Kommunen
- Masterplan für regionale Netzcluster erstellen
- Förderung regionaler Stromerzeugung / Speicherkapazitäten erhöhen

Kommunen wieder handlungsfähig machen

Viele Kommunen in Bayern geraten zunehmend an ihre finanzielle Belastungsgrenze. Anhaltend hohe Kosten für die Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten und immer neue Aufgaben, um die sich die Kommune kümmern soll, sprengen viele Haushalte. Politische Forderungen werden in Berlin per Gesetz verabschiedet, finanzieren müssen es aber dann die Kommunen. Vor allem die immer weiter steigenden Kosten für die Kinderbetreuung, aber auch die massiven Kosten für Kanäle und Kläranlagen sorgen dafür, dass Investitionen in die Zukunft auf anderen Gebieten ausbleiben müssen. Schlaglöcher in den gemeindlichen Straßen gehören leider allzu oft zur Normalität.

Wir fordern, Kommunen dazu zu befähigen, wieder ein starker Partner für die örtliche Wirtschaft zu sein. In Brüssel, Berlin oder München neu geschaffene Aufgaben müssen auch entsprechend gegenfinanziert werden. Eine Erhöhung



kommunaler Steuern und neue finanzielle Belastungen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmer wie z.B. bei Kanalverbesserungsbeiträgen und bei der Gewerbesteuer sind in Zeiten einer hohen Inflation weitere Hemmnis für starke lokale Wirtschaftskreisläufe.

Durch eine entsprechende finanzielle Ausstattung werden Kommunen weiterhin befähigt und ermutigt, eine aktive Standortpolitik zu betreiben und eine moderne Infrastruktur aufzubauen. Durch die Auswirkungen von allgemeinem Strukturwandel und die Corona-Pandemie hat die Attraktivität vieler Stadt- und Ortskerne stark gelitten. Hier braucht es ein aktives Gegensteuern der Kommunen, Hand in Hand mit den örtlichen Gewerbetreibenden.

Lange Planungs- und Genehmigungszeiten betreffen leider nicht nur Großprojekte. Investitionen in Gebäude werden für viele Wirtschaftsbetriebe zum Geduldsspiel. Von der Planung bis zur Baugenehmigung können da schon einmal drei Jahre ins Land gehen. Diese langen Wartezeiten können wir uns nicht weiter leisten. Wir fordern daher eine massive Beschleunigung bei Bauleitplanungen und Baugenehmigungen. Investitionen in die Zukunft dürfen nicht weiter aufgrund von Behäbigkeit und Bürokratie verzögert und verhindert werden.

Unsere Forderungen:

- Kommunen zum starken wirtschaftlichen Partner machen
Mittel für den Ausbau der Infrastruktur innerorts bereithalten
- Keine Erhöhung der kommunalen Abgaben und Steuern
- Aktive Standortpolitik durch Städte und Gemeinden
- Massive Beschleunigung von Bauleitplanungen und Baugenehmigungen

Bildungspolitik

Durch die demografische Entwicklung stehen wir vor nie dagewesenen Herausforderungen im Arbeitsmarkt. Wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, dass Talente auf dem Weg verloren gehen.

Wir fordern daher die berufliche Bildung als gleichwertiges Lebensmodell in



allen Schulararten zu etablieren. Der Mensch beginnt nicht erst ab dem Studium. Es bestehen enorme Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Bereiche wie das Handwerk werden in Zukunft wieder wahrlich goldenen Boden vor sich haben.

Ähnlich verhält es sich mit dem Bild des Unternehmertums und der Selbständigkeit. Die Förderung der Selbständigkeit und die Sicherung unserer vielfältigen Unternehmenskultur fängt bereits bei der Bildung an. In den nächsten Jahren werden viele Betriebe des Mittelstands altersbedingt übergeben. Ein attraktives Land braucht verantwortungsvolle Menschen, die dieses auch gestalten wollen. In der Selbständigkeit hat man alle Möglichkeiten, dies selbstbestimmt zu verwirklichen. Das muss schon in der Schule erklärt und das Basiswissen für eine Entscheidung zur Selbständigkeit als großartige Lebensperspektive vermittelt werden.

Die Grundzüge unseres Bildungssystems sind seit 100 Jahren nahezu unverändert. Die Welt um uns herum hat sich in dieser Zeit allerdings permanent weiterentwickelt. Die zu vermittelnden Grundkenntnisse sind nahezu gleich geblieben, aber viele Fähigkeiten und Fertigkeiten, die man in der Arbeitswelt braucht, mussten stark angepasst werden. Daher ist es unbedingt notwendig die Ausrichtung der Lehrpläne in Mittel- und Oberstufe entsprechend zu verändern.

Unsere Forderungen:

- Berufliche Bildung stärken
- Selbständigkeit und Unternehmertum fördern
- Gestaltungsspielräume betonen
- Fähig- und Fertigkeiten an die Probleme des 21. Jahrhunderts anpassen

Starke Vertretung Bayerischer Politik im Bund und in der EU

Die Vertretung Bayerns darf nicht an den Landesgrenzen enden. Wir brauchen starke Stimmen in Berlin und in Brüssel. Landtagsabgeordnete müssen ihre Kontakte in die Bundes- und EU-Politik pflegen und kontinuierlich gute Lösungen für ein weiterhin lebens- und liebenswertes Bayerns einfordern.



Um z.B. die Vielfalt des überwiegend familiengeführten bayerischen Mittelstands zu erhalten, müssen die Wettbewerbsfähigkeit gesichert und höhere Kosten vermieden werden.

Wir fordern ein klares Bekenntnis zu echten Reformen und Steuer- und Abgabensenkungen. Die Belastungen sind heute schon auf einem Höchststand und müssen zurückgeführt werden. Steuer- und Abgabenerhöhungen müssen unbedingt vermieden werden. Solchen Forderungen muss noch vehemente widergesprochen werden. Dies gilt von der kleinsten Gemeinde bis zur EU.

Wir fordern des Weiteren ein Senken der Lohnnebenkosten für Arbeitgeber und höhere Nettoeinkommen für Arbeitnehmer. Im Vergleich zu anderen Ländern kosten deutsche Arbeitgeber ihre Mitarbeiter sehr viel bei gleichzeitig vergleichsweise niedrigen Nettoeinkommen für die Arbeitnehmer. Dies muss korrigiert werden, um den Kostendruck zu senken und die Zufriedenheit der Arbeitnehmer zu stärken. Gleichzeitig werden dadurch höhere Arbeitsanreize gesetzt. In diesem Zusammenhang ist auch endlich unser immer weniger leistungsfähiges Sozialversicherungssystem auf völlig neue Füße zu stellen.

Außerdem ist die reduzierte Umsatzsteuer auf Speisen ein wesentlicher Faktor, um unsere Städte und Dörfer lebendig zu erhalten, um touristisch weiterhin attraktiv zu sein. Essengehen muss für alle möglich bleiben. Lebendige Innenstädte brauchen Treffpunkte. Die Gastronomie spielt eine wesentliche Rolle für die Attraktivität unserer Innenstädte und sichert unseren Urlaubsgebieten weiterhin Einnahmen.

Wir fordern die Bekämpfung von Inflation an den Wurzeln. Eine Alimentierung durch staatliche Subventionen lehnen wir ab. Wir müssen zurück zu den Kernaussagen der sozialen Marktwirtschaft. Kein Nanny-Staat, sondern der Staat muss durch passende Rahmenbedingungen Unternehmerinnen und Unternehmern die Möglichkeit zur eigenen Entfaltung geben.

Unsere Forderungen:

- Reduzierung der Steuerlast und keine neuerlichen Belastungen
- Arbeitskosten senken und höhere Nettoeinkommen für Arbeitnehmer ermöglichen

- Die reduzierte Umsatzsteuer auf Speisen beibehalten
- Bekämpfung der Inflation an den Ursachen
- Rückbesinnung auf die soziale Marktwirtschaft